

Den Stillstand überwinden

Klimaschutz braucht demokratische Aushandlungsprozesse

Lorenz Kramer • Heiko Erhardt

Extinction Rebellion ist eine internationale Graswurzelbewegung und nun seit etwas mehr als einem Jahr in Deutschland aktiv. Die Bewegung setzt sich für ein schnelles und entschlossenes Handeln gegen die drohende Klimakatastrophe und ein großes Massenartensterben ein. Charakteristisch für Extinction Rebellion sind die Formen des Protests, die Elemente des friedlichen zivilen Ungehorsams beinhalten, eine dezentrale, auf Ortsgruppen basierende und offen gestaltete Organisationsform und einen systemkritischen Ansatz, der sich auch auf die Gestaltung unserer Demokratie bezieht. Als eine der Ursachen für unsere offensichtliche Handlungsunfähigkeit identifiziert Extinction Rebellion Blockaden in unserem politischen System. Die Bewegung fordert eine Bürger/innenversammlung für die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit. Eine repräsentative und geloste Gruppe von Bürger/innen erarbeitet dabei in einem moderierten Prozess unter Einbezug möglichst vieler Perspektiven nachvollziehbare Lösungen. Diesen deliberativen Weg versucht die Bewegung auch intern zu leben - sogar als Bestandteil ihrer Aktionen.



Wogegen rebelliert Extinction Rebellion?

Massive Eingriffe in Ökosysteme auf vielen Ebenen sind eine der Hauptursachen für das drohende Aussterben von bis zu einer Millionen Tier- und Pflanzenarten in den nächsten Jahrzehnten, wie der Weltbiodiversitätsrat befürchtet (1). Andere Forscher/innen sehen uns schon jetzt im sechsten großen Massenartensterben der Erdgeschichte (2). Dies ist auch für uns als Menschheit von existentieller Bedeutung. So besteht beispielsweise ein Zusammenhang zwischen dem Artensterben und der Verbreitung von für Menschen neuartigen Viren, auf den auch Bundesministerin Svenja Schulze bereits aufmerksam machte (3). In Kombination mit der drohenden Klimakatastrophe können diese Umwälzungen der Ökosysteme zu einer Reihe von Notsituationen führen. Bereits jetzt sind Regionen des globalen Südens von Dürren, Fluten und Heuschreckenplagen betroffen. Auch in unseren Breiten bereiten uns Dürresommer, Waldbrände und extreme Niederschläge eine Vorahnung von dem, was kommen könnte. Die Zerstörung vieler Lebensräume ist bereits erfolgt oder steht unmittelbar bevor. Wissenschaftler befürchten, dass manche Kippunkte für das Klima bereits überschritten wurden. Beispielsweise steht der Amazonas vor dem ökologischen Kollaps (4) und viele Leser/innen dieses Newsletters werden eisfreie Monate in der Arktis noch vor 2050 erleben (5). Es

besteht die Gefahr, dass diese Entwicklungen zu einer gesellschaftlichen Destabilisierung bis hin zu einem möglichen Kollaps unseres Gesellschaftssystems und unserer Demokratie führen. Gegen diese Gefahr begehren die Aktivisten von Extinction Rebellion auf.

Trotz der akuten Gefahrenlage ist in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig passiert: Spätestens seit dem Umweltgipfel 1992 in Rio und der damit verbundenen globalen Klimarahmenkonvention haben die Nationen dieser Welt den Klimawandel als Bedrohung anerkannt und sich seine Bekämpfung zum erklärten Ziel gesetzt. Dennoch sind die Treibhausgasemissionen seitdem weltweit kontinuierlich angestiegen. 2015 wurde mit dem Pariser Klimaschutzabkommen die Begrenzung der durch den Menschen verursachten Erderwärmung auf »deutlich unter« 2°C und Anstrengungen zum Erreichen des 1,5°C-Zieles vereinbart (6). Jedoch befindet sich nicht einmal Deutschland – das sich in Bezug auf das Pariser Klimaschutzabkommen als Vorreiter wähnt – auf einem hinreichenden Weg zur Umsetzung (7). Vielen Menschen wird mehr und mehr bewusst, dass unsere Lebensgrundlagen auf dem Spiel stehen.

Forderungen der Bewegung

Um den drohenden Kollaps zu vermeiden oder zumindest seine Auswirkungen abzuschwächen, stellen die Aktivist/innen von Extinction Rebellion als erste Forderung, dass das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen des ökologischen Kollapses und der Klimakrise von Regierenden, Medien und gesellschaftlichen Institutionen in vollem Umfang kommuniziert werden muss. Als Zweites fordern sie von der Bundesregierung sofortiges Handeln in Form von Maßnahmen, mit denen die Treibhausgasemissionen der Bundesrepublik Deutschland bis 2025 auf Netto-Null reduziert und das Artensterben aufgehalten werden können. Diese zweite Forderung klingt ambitioniert, ist jedoch unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit nötig. Nur so kann Deutschland einen fairen Beitrag zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels aus dem Pariser Klimaabkommen leisten und gleichzeitig Ländern des globalen Südens ein gerechtes Budget an Treibhausgasen überlassen. Drittens fordert Extinction Rebellion eine Bürger/innenversammlung, welche zu den notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit beratschlagen soll.

Das Dilemma der Politik

Diese Forderungen bauen auf einer Problemanalyse auf: Extinction Rebellion identifiziert eine Reihe von Ursachen auf globaler Ebene für das Versagen der Politik, der Klima- und Umweltkrise wirkungsvoll zu begegnen. So könnten globale Verflechtungen, mangelndes Bewusstsein über die Dramatik der Lage und daraus resultierender fehlender Handlungswillen eine Rolle spielen.

Die Aktivist/innen sehen allerdings auch Probleme im System, auch in unserer parlamentarischen Demokratie, die dieses Versagen begünstigen. Sie resümieren, dass ausufernder, unausgewogener Lobbyismus und von Parteistrategie und Legislaturperioden bestimmtes, kurzfristig orientiertes Handeln zu einer Lähmung des politischen Systems in entscheidenden Fragen führen. Eine bisweilen intransparente Entscheidungsfindung und eine mangelnde Einbeziehung der Bürger/innen verhindert entschlossene Maßnahmen, die von einer Mehrheit der Bürger/innen mitgetragen wird.

Dies alles trägt dazu bei, dass weitreichende Entscheidungen nicht getroffen werden. Diese wären jedoch nötig, um die Katastrophe abzuwenden oder abzumildern. Denn um dem Klimawandel und dem Kollaps

unserer Ökosysteme entgegen zu treten, bedarf es mehr als nur moderater Maßnahmen. Das Wertesystem, auf das unsere Vorstellung von Begriffen wie Wohlstand, Erfolg, individuelle Freiheit oder Angemessenheit basieren, steht auf dem Prüfstand und wird zum Teil neu definiert werden müssen. Die Folge können eine gesellschaftliche Transformation und damit einhergehende Umverteilungsprozesse und Güterabwägungen sein.

Bürger/innenversammlung zur Stärkung unserer Demokratie

Nach Ansicht von Extinction Rebellion müssen dabei Bürger/innen unmittelbar in einen demokratischen Prozess mit eingebunden werden und so die Politik in diesen schwierigen Fragen unterstützen.

Dies soll die Forderung nach einer Bürger/innenversammlung gewährleisten. Diese soll dabei keinesfalls die repräsentative Demokratie ersetzen, sondern sie stärker und auch krisenfester machen. Bei einer Bürger/innenversammlung handelt es sich um ein zufällig ausgelostes aber repräsentatives Gremium von Bürger/innen. In einem mehrere Monate dauernden, moderierten Prozess berät sich diese Gruppe auf der Basis ausgewogener Information über das komplexe Thema und erarbeitet eine Reihe von möglichen Maßnahmen. In der Versammlung findet eine demokratische Willensbildung von unten statt. Dabei begegnen sich Menschen aus unterschiedlichsten Lebenswelten, Kontexten und »Filterblasen«, die ohne diesen Prozess wahrscheinlich keinen Kontakt gehabt oder gar miteinander gesprochen hätten, und bringen ihre Perspektiven ein. Dies kann Vorurteile ab- und Verständnis aufbauen und geht dabei weit über eine reine Meinungsäußerung hinaus.

Von der Regierung verlangt die Bewegung eine Selbstverpflichtung zur Umsetzung der Ergebnisse der Bürger/innenversammlung. Der Vorschlag erinnert an die Verpflichtung des französischen Präsidenten zur Umsetzung der Vorschläge der französischen Bürger/innenversammlung »Convention Citoyenne pour le Climat«, die aktuell gerade durchgeführt wird. Präsident Macron hat zugesichert, die Ergebnisse der Bürger/innenversammlung ungefiltert umzusetzen, dem Parlament vorzulegen oder das französische Volk über diese per Volksabstimmung entscheiden zu lassen (8). In einer Umfrage, die Extinction Rebellion unter deutschen Politiker/innen im Mai 2020 auf www.abgeordnetenwatch.de durchgeführt hat, zeigten sich etliche deutsche Politiker/innen durchaus interessiert an diesem Modell (9).

Bürger/innenversammlung mit Qualität

Die von Extinction Rebellion geforderte Bürger/innenversammlung hat eine hohe Verantwortung. Umso wichtiger ist es, bei ihrer Konzeption und Durchführung hohe Standards einzuhalten. Extinction Rebellion hat hierzu einen [Leitfaden](#) verfasst (10). Einige Aspekte sind dabei von besonderer Wichtigkeit, um die Legitimität des Verfahrens zu gewährleisten:

Unabhängigkeit der Durchführung: Die Organisation der Bürger/innenversammlung erfolgt durch eine unabhängige Koordinierungsgruppe. Verschiedene Gremien können die Unabhängigkeit sicherstellen: Ein divers aufgestelltes Gremium mit Vertreter/innen exemplarischer Stakeholder kann die Inputgeber/innen auswählen. Ebenfalls sollte ein Aufsichtsgremium den Prozess von der Beauftragung der Koordinierungsgruppe bis zur Vorlage des Ergebnisses kontrollieren und die Umsetzung begleiten.

Demografische Repräsentation: Der Verzerrung der Selbstselektion einer reinen Zufallsauswahl soll durch die Anwendung der geschichteten Zufallsstichprobe entgegengewirkt werden. So gewinnt eine Bürger/innenversammlung durch eine gezielte Auswahl von Kategorien wie Altersgruppen, Bildungsniveau und Migrationshintergrund an Repräsentativität und damit auch an Legitimität.

Transparenz: Um Vertrauen in der Gesellschaft zu erzeugen, muss eine hohe Transparenz gewährleistet werden. So sollten alle Beiträge von Expert/innen und Stakeholdern live übertragen und aufgenommen werden. Ebenso müssen auch alle Materialien, die der Bürger/innenversammlung zur Information bereitgestellt wurden, online einsehbar sein. Ein Report mit Hintergründen zur Durchführung der Bürger/innenversammlung (z.B. Methoden der Stichprobenauswahl, Kriterien für Stakeholder, Berichte der Moderator/innen über angewandte Methoden und grober Ablauf der Deliberation) muss online zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollte der gesamte Prozess so gestaltet werden, dass unter Wahrung der Anonymität der Teilnehmenden eine sehr nahe Berichterstattung ermöglicht wird.

Schutz vor Beeinflussung: Generell ist Wahrung der Anonymität der Teilnehmenden wichtig. Außerdem ist es wichtig, dass zu Beginn der Beratungsphasen die Zusammensetzung der Kleingruppen regelmäßig neu ausgelost wird und die Moderator/innen häufig rotieren. Geheime Abstimmungen spielen dabei ebenso eine große Rolle.

Konsultation: Menschen, die nicht ausgelost wurden, sollten dennoch konsultiert werden. So sollen Privatpersonen und Gruppen Stellungnahmen an die Bürger/innenversammlung schicken können. Diese werden aufbereitet und der Bürger/innenversammlung zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen die Teilnehmenden der Bürger/innenversammlung weitere Expert/innen, Interessensvertreter/innen oder Betroffene einladen können. So soll sichergestellt werden, dass das vollständige Meinungsspektrum in den Inputs repräsentiert ist.

Sichtbarkeit: Die Bürger/innenversammlung muss mit einem hohen Budget für Öffentlichkeitsarbeit ausgestattet werden. Alle Menschen, die nicht ausgelost wurden, sollen sich barrierefrei über das Verfahren informieren können. Auf diese Weise soll Fake News oder Missverständnissen vorgebeugt werden.

Ergebnisoffene und moderierte Beratung: Die Bürger/innenversammlung sollte Kleingruppen- und Plenarsitzungen umfassen. Die Beratschlagung, in der informiert beraten, aktiv zugehört und das Gehörte sorgfältig abgewogen wird, muss durch eine erfahrene und neutrale Moderation begleitet werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass alle Teilnehmenden die gleichen Chancen haben, ihre Meinung kund zu tun und keine Person das Gespräch dominiert. In der Konzeption muss ebenfalls ausreichend Zeit zur Reflektion berücksichtigt werden.

Auf diese Weise kann es gelingen

Für Extinction Rebellion sind diese Mindeststandards zentral zur Umsetzung einer Bürger/innenversammlung. Der Rahmen des inputorientierten Beteiligungsformats entscheidet über die Qualität und Offenheit der Deliberation.

Eine gut gemachte Bürger/innenversammlung ist sicher nicht das Allheilmittel für die ökologisch-soziale Wende. Wohl aber kann sie den gesellschaftlichen Diskurs anregen und einen Fixpunkt bilden, an dem sich sowohl Bevölkerung als auch Politik immer wieder orientieren können.

Die bundesweite AG Bürger/innenversammlung arbeitet kontinuierlich an der inhaltlichen Ausgestaltung der dritten Forderung von Extinction Rebellion. Sie freut sich über Feedback und Anregungen per Mail an bv@extinctionrebellion.de.

Was ist Extinction Rebellion?

Extinction Rebellion ist eine Graswurzelbewegung, die sich als Aufstand für das Überleben versteht. Dazu bedienen sich die ca. 12.000 Rebell/innen in Deutschland dem Mittel des zivilen Ungehorsams.

Die Bewegung definiert sich durch ihre Forderungen und ihre Prinzipien und Werte. Extinction Rebellion fordert nicht nur eine Bürger/innenversammlung, sondern nutzt neue Formen des demokratischen Miteinanders innerhalb der Bewegung. Sie testet so mögliche Wege eines notwendigen Wandels im Kleinen durch das Leben eigener Prinzipien und Werte aus. Jeder Mensch, der sich mit den Prinzipien und Forderungen der Bewegung identifiziert und danach handelt, ist frei, sich als Teil von Extinction Rebellion zu bezeichnen. Die Organisationsstrukturen sind geprägt von Selbstorganisation, Dezentralität und Eigenständigkeit der Ortsgruppen und Arbeitsgruppen. Extinction Rebellion lässt sich etwa keiner politischen Ideologie zuordnen.

Extinction Rebellion beansprucht die andere Form des Miteinanders, die in Bürger/innenversammlungen stattfindet, auch innerhalb der Bewegung zu leben: Durch sogenannte Offene Versammlungen wird versucht, diese Form der Deliberation in einer Kombination aus Plenen und Kleingruppen auf die Straße zu holen. Diese Formen des kollektiven Austausches teilt es mit anderen Graswurzelbewegungen wie Occupy Wallstreet. In Zeiten von physical distancing werden diese online fortgeführt. Außerdem veranstaltet die Bewegung Workshops und Vorträge zum Thema deliberativer Demokratie. Einige Ortsgruppen arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen an der Einberufung kommunaler Bürger/innenversammlung zu Klima- und ökologischen Fragen.

Onlinequellen

- (1) https://ipbes.net/sites/default/files/inline/files/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers.pdf
- (2) <https://advances.sciencemag.org/content/1/5/e1400253.full>
- (3) <https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/interview-svenja-schulze-krumenacker/>
- (4) <https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2019/11/planetarer-notstand-kipppunkte-des-erdklimas-kommen-eher-als-gedacht>
- (5) <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1029/2019GL086749>
- (6) https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf
- (7) https://www.volker-quaschning.de/artikel/2019-05_Stellungnahme-Kohleausstieg/index.php
- (8) <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/10/citizens-panels-ready-help-macron-french-climate-policies>
- (9) <https://www.buergerrat.de/aktuelles/abgeordnete-zu-buergerraeten/>
- (10) <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/bv/>

Autor/innen

Lorenz Kramer studiert Wirtschaftsmathematik im Master. Außerdem ist er seit über einem Jahr bei Extinction Rebellion aktiv und hat sich dort intensiv mit Bürger/innenversammlungen auseinandergesetzt.

Heiko Erhardt inspiriert und berät als Coach und Management Consultant mittelständische und große Organisation auf dem Weg zu einer neuen, menschenorientierteren Unternehmenskultur und partizipativen Organisationsstrukturen. Als Aktivist in Sachen zeitgemäße Demokratie und Klima/Umwelt engagiert er sich bei Extinction Rebellion für das Thema Bürger/innenversammlung. Insbesondere beschäftigt ihn die Frage, wie Mechanismen der Bürgerbeteiligung konkret gestaltet werden können, mit denen auch komplexe und kontroverse Themen wie die Klima- und Umweltkrise schnell und entschlossen angegangen werden können.

Kontakt

E-Mail: bv@extinctionrebellion.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de